

Ortsamt Burglesum XIX. Beirat
Niederschrift über die 4. Beiratssitzung am 13. Oktober 2015
- im Saal des Schulzentrums an der Bördestraße, Bördestraße 10,
Beginn 19:00 Uhr – Ende 21:00 Uhr –

Anwesend waren
die Damen und Herren Beiratsmitglieder
S. Besecke, R. Hennig, M. Pacaci, R. Serin, R. Kurpjuhn-
M. Hornhues, H. Lürßen, B. Hornhues, M. Freihorst -
B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt -
T. Koschnick –
H. Boll –
R. Tegtmeier –
F. Magnitz -

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum
Protokoll Frau Hell-Nogai vom Ortsamt Burglesum

Gäste:
Herr Genthe-Welzel, Senatorin für Kinder und Bildung
Herr Thomas Möhring, Umweltbetrieb Bremen

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortschaftes am 01.10.2015 fristgerecht verschickt.

Herr Magnitz verlässt den Sitzungssaal.

Genehmigung der Tagesordnung:
Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 1 Wünsche und Anregungen der Bürger/innen

1.1 Frau XXXXXX

Es wird angeregt, dass seitens des Ortschaftes auf der Homepage Ansprechpartner zu den einzelnen Flüchtlingsunterkünften genannt werden und mitgeteilt wird, wer wo untergebracht wird.

Herr Boehlke weist auf die Willkommensinitiative hin, die sich Anfang Dezember treffen wird.

TOP 2 Änderung der Einzugs Grenzen für Grundschulen

Herr Boehlke begrüßt Herrn Genthe-Welzel von der Senatorin für Kinder und Bildung.

Herr Magnitz betritt um 19:10 Uhr wieder den Sitzungssaal.

Herr Boehlke erläutert die Thematik: Es handelt sich um eine Anpassung aufgrund der Bevölkerungsentwicklung. Betroffene Grundschulen sind Mönchshof, Burgdamm und St. Magnus.

Die Vorschläge wurden einvernehmlich mit den Schulleitungen abgestimmt. Die Beteiligung des Beirates erfolgt gemäß § 9 OBG. Es wird eine Stellungnahme bis zum 30.10.2015 erwartet.

Herr Genthe-Welzel erläutert zunächst den Hintergrund der Änderungen: Die Anpassung dient auch der Stabilisierung der Zügigkeit der Schulen.

Die Grundschule Burgdamm ist zweizügig, die Grundschule Mönchshof dreizügig und die Grundschule St. Magnus je nach Bedarf zwei- oder dreizügig. Als weiteren Grund für die veränderten Einzugs Grenzen nennt er den Umstand, dass der räumliche Zuschnitt der Einzugsgebiete sich stärker an den Stadtteilgrenzen orientieren soll. Grundsätzlich ist jede Straße einer bestimmten Grundschule zugeordnet. Dabei gilt, dass alle Kinder möglichst wohnortnah beschult werden sollen.

Die Neuordnung für die Grundschule Burgdamm und die Grundschule Mönchshof sehen wie folgt aus: Die Straßen Am Heidbergbad und Klostermühlenweg, die zuvor der Grundschule Burgdamm zugeordnet waren, werden der Schule Mönchshof zugeschlagen. Die Straßen An Knoops Park, Zum Kränholm, Am Vogelbusch, Up Willmannsland, Petersenweg und Lesumer Heerstraße ab Holthorster Weg, (bisher der Grundschule St. Magnus) werden der Grundschule Mönchshof zugeschlagen.

Daraus ergibt sich ein prognostiziertes Minus von vier Schülern für die St. Magnuser Grundschule. Dieses Minus hätte sich ausgeglichen, wenn die Steingutstraße der Grundschule St. Magnus zugeordnet worden wäre. An der bisherigen Schuleinzugs Grenze zwischen den Grundschulen Am Wasser und St. Magnus wird aber festgehalten.

Es folgen Nachfragen und Wortmeldungen der Beiratsmitglieder **Martin Hornhues, Ulrike Schnaubelt, Barbara Punkenburg, Bettina Hornhues und Frank Magnitz.**

Frau Punkenburg und **Frau Hornhues** bezweifeln, dass eine wohnortnahe Beschulung so noch gegeben ist. Der Weg von der Steingutstraße bis zur Grundschule Am Wasser, der die Straße laut Plan zugeordnet werden soll, ist wesentlich länger und unsicherer als der Weg zur Grundschule St. Magnus. **Frau Schnaubelt** findet, dass durch die Zuordnung der Steingutstraße, in der sich das Containerdorf für Flüchtlinge befindet, zur Grundschule St. Magnus eine Chance auf eine „soziale Durchmischung“ ergeben würde.

Herr Genthe-Welzel sagt, dass die Schulleitungen wollen, dass die Einzugs Grenzen so bleiben. **Frau Hornhues** stellt fest, dass zum wiederholten Male der politische Wille des Beirats missachtet wird. Sie kann dem Plan nicht zustimmen.

Herr Magnitz ergänzt, dass der politische Wille für eine Ganztagschule in St. Magnus auch verwirkt wurde, weil man daß Schulerweiterungsgelände veräußert hat. Er sieht die Planungen eindeutig zu sozialromantisch und hält eine soziale Durchmischung für nicht zielführend und möchte die noch „heile Welt“ an der Grundschule St. Magnus so erhalten.

Die Neuordnung für die Grundschule Burgdamm und die Grundschule Mönchshof werden vom Beirat befürwortet.

Herr Hennig stellt fest, dass der Beirat den Wunsch, die Steingutstraße zur Grundschule St. Magnus zuzuordnen, nicht zum ersten Mal äußert.

Die Sitzung wird von 19:45 – 19:55 Uhr zur Beratung des Beirates unterbrochen.

Herr Hornhues trägt einen Beschlussvorschlag vor.

Beschluss: 15 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Der Beirat lehnt die vorgeschlagene Neuordnung der Einzugs Grenzen ab. Die Neuordnung für die Grundschule Burgdamm und Grundschule Mönchshof erscheint zwar stimmig, jedoch widerspricht die Zuordnung der Grundschule St. Magnus erneut dem politischen Willen, den der Beirat Burglesum seit Jahren formuliert hat. Die Steingutstraße bis Bruno Bürgel Straße muss der Grundschule St. Magnus zugeschlagen werden. Eine gemeinsame Erörterung mit dem Beirat Vegesack und den betroffenen Schulleitern wird beantragt.

TOP 3 Vorstellung des Standortkonzeptes des Umweltbetriebes Bremen

Herr Thomas Möhring vom Umweltbetrieb Bremen stellt das Konzept dem Beirat vor. (Anlage 1 und 2)

Herr Möhring berichtet, dass der Umweltbetrieb Bremen ca. 1 Million Euro Betriebskosten durch die Aufgabe der Standorte einsparen wird. Das Geld soll für die Grünpflege verwendet werden. Die 33 Standorte in ganz Bremen sind ursprünglich für 1500 bis 1600 Gärtner gedacht gewesen. Diese Zahl wird der Umweltbetrieb allerdings nie erreichen. Tatsächlich beschäftigt der Umweltbetrieb aktuell 470 Gärtner.

Es sollen insgesamt acht Standorte erhalten bleiben, darunter in Bremen-Nord der Betriebshof an der Aumunder Feldstraße. Die Gärtner, die bisher an der Billungstraße stationiert waren, sind für die Grünunterhaltung von Knoops Park zuständig. Maschinen und Geräte bleiben vor Ort in einer Remise und die Aufgaben werden sich nicht verändern. Bzgl. einer Toiletten-Nutzung werden derzeit Gespräche mit ansässigen Betrieben geführt, allerdings wird den Mitarbeitern auch zugemutet zum Standort an der Aumunder Feldstraße zunächst zu fahren.

Es folgen Nachfragen und Wortbeiträge der Beiratsmitglieder **Martin Hornhues, Ulrike Schnaubelt, Frank Magnitz, Helga Lürßen, Timo Koschnick, Ewald Friesen und aus dem Publikum.**

Besonders wird kritisiert, dass der Maschinenunterstand weder mit einem Aufenthaltsraum noch mit einer Toilette für die Mitarbeiter ausgestattet ist. **Herr Magnitz** schlägt vor, dass der Beirat beschließt, dass Standortkonzept zu überarbeiten. Er verliest einen Beschlussvorschlag.

Herr Hornhues schlägt vor, den Antrag noch weiter zu fassen und die bessere finanzielle Ausstattung des UBB zu fordern.

Herr Boehlke lässt zunächst über den weiter gehenden Antrag abstimmen. Dieser wird einstimmig angenommen, so dass über den anderen Antrag nicht mehr abgestimmt werden muss.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt das Standortkonzept zur Kenntnis, bedauert den Einsparungsdruck mit den schon festgestellten und weiter zu erwartenden Leistungseinschränkungen und bittet bei der leider notwendigen Festlegung von Prioritätenlisten den Beirat zu beteiligen.

Gleichzeitig wird der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr aufgefordert, zur Verbesserung des allgemeinen Erscheinungsbildes der öffentlichen Grünflächen den Eigenbetrieb mit Mitteln besser auszustatten und die schon geforderte Sanitäranlage für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltbetriebes in Knoops Park bereitzustellen.

TOP 4 Anträge

TOP 4.1 Antrag des Beirats zur Aufstellung der Haushaltsvoranschläge für den Haushalt 2016 / 2017 gemäß § 32 OBG

Herr Boehlke erläutert, dass es sich um einen gemeinsam abgestimmten Antrag des Beirates handelt.

Es gibt 6 Schwerpunkte:

- Sicherung der offenen Jugendarbeit
- Verbesserung des Heerstraßenzuges
- Mensa an der Oberschule an der Helsinkistraße
- Umgestaltung des Helsingborger Platzes
- Gestaltung der Woldes Wiese
- Lückenschluss zwischen den Lärmschutzwänden auf Höhe der Grönlandstraße

Beschluss: (einstimmig)

Gemäß §32 (1) Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter stellt der Beirat Burglesum folgende Anträge zur Aufstellung der Haushaltsvoranschläge:

- 1) Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport wird aufgefordert, das Jahres-Budget für die **offene Jugendarbeit** in Burglesum um mindestens 10 Prozent aufzustocken, damit die steigenden Personal- und Betriebskosten abgesichert sind und eine notwendige und qualitativ gute Jugendarbeit in allen sehr stark frequentierten vorhandenen Einrichtungen im Stadtteil weiterhin gewährleistet bleibt.
- 2) Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, die **Verbesserung des Heerstraßenzuges** durch die erarbeiteten Maßnahmenvorschläge von Bürgerforen und Beirat weiter voran zu treiben und hierfür die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Hierzu zählen vor allem die Errichtung einer Fußgängerquerung in der Bremerhavener Heerstraße sowie die Bereitstellung von Planungskosten für die Umgestaltung des Goldbergplatzes und des Platzes an der Burger Heerstraße.
- 3) Die Senatorin für Kinder und Bildung wird aufgefordert, die Investitionsmittel für eine Erweiterung und Ausstattung der **Mensa an der Oberschule an der Helsinkistraße** im Haushalt für 2016 / 2017 einzustellen. Damit soll eine umfangreiche und angebrachte Versorgung aller Schüler/innen an dieser Ganztagschule zukünftig ermöglicht werden.
- 4) Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, Planungsmittel zur **Umgestaltung des Helsingborger Platzes** im Haushalt 2016 / 2017 zur Verfügung zu stellen, um gemeinsam mit Bürger/innen, Beirat und Einrichtungen vor Ort ein städtebauliches Konzept erarbeiten zu können. Derzeit ist der Platz geprägt durch Leerstand und teilweise, für ein Wohnquartier untypische Nutzung und wird als „Angst-Ort“ von der Bevölkerung wahrgenommen.
- 5) Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, Mittel zur Planung und **Gestaltung der Woldes Wiese** am Raschenkampsweg durch den Haushalt 2016 / 2017 abzudecken. In einem Jugendbeteiligungsverfahren und auf Beiratsebene wurden Ideen entwickelt, wie der Bereich der ehemaligen Baumschule der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann und sich der Knoops Park dadurch nach Norden erweitern lässt. Die Errichtung einer Wegeverbindung und ein Platz für Jugendliche sind wesentliche Ziele der Erweiterung und finanziell abzusichern.
- 6) Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, den **Lückenschluss zwischen den Lärmschutzwänden** entlang der Bahntrasse auf der Höhe der Grönlandstraße finanziell mit Mitteln aus dem Haushalt 2016 / 2017 abzusichern.

Die jeweiligen Fachressorts werden gebeten, die Anträge gemäß §32 (2) Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter zu bearbeiten.

TOP 4.2 Antrag zur Personalsituation im Bauamt Bremen-Nord

Herr Boehlke teilt mit, dass es sich hier um einen Beitrag des Beirates Burglesum zur aktuellen Personalsituation im Bauamt Bremen-Nord handelt. Der Antragsentwurf wurde an die Beiratsmitglieder mit der Einladung verschickt.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die nicht besetzten Planstellen im Referat Bauordnung beim Bauamt Bremen-Nord unverzüglich zu besetzen, um damit den zwingend notwendigen Personalbedarf im Bauamt abzudecken.

Damit eine zügige Bearbeitung von Bauanträgen gewährleistet werden kann, ist es erforderlich, alle gemäß Personalschlüssel unbesetzten Stellen im Referat Bauordnung umgehend zu besetzen.

Herr Magnitz möchte einen interfraktionellen Antrag zum Autofreien StadTraum in den Beirat einbringen. **Herr Boehlke** teilt mit, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich ist, da die Tagesordnung bereits beschlossen ist. Der Antrag hätte zu Beginn der Sitzung zur Genehmigung der Tagesordnung vorgebracht werden müssen. **Herr Magnitz** kann den Antrag allerdings noch unter TOP 7 „Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten“ vortragen. Allerdings kann eine Beratung erst im kommenden Sprecherausschuss erfolgen.

TOP 5 Mitteilungen des Ortsamtes

- 5.1 Information der NordWestBahn zur Aufbruchserie an Fahrkartenautomaten
- 5.2 Antwort auf den Prüfantrag zur Deponiefläche
- 5.3 Offizielle Eröffnung der Ausstellung zum Projekt „SEHNSUCHT“ am 31.10.2015, 12 Uhr, Methadonausgabe-Praxis in Burg
- 5.4 Sprecherausschuss morgen um 9:00 Uhr

TOP 6 Mitteilungen des Beiratssprechers

keine

TOP 7 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

- 7.1 **Frau Schnaubelt:** An Rauchs Gut gegenüber Haus Nr. 14 ist der Gehweg aufgrund der Pflasterung bei Nässe extrem rutschig, es besteht Sturzgefahr.
- 7.2 **Frau Lürßen:** Das Telefon am Friedhof an der Bördestraße ist defekt.
- 7.3 **Herr Hornhues:** Es wird beantragt, dass Immobilien Bremen zum Verkauf der Fläche Billungstrasse zeitnah vorträgt.
- 7.4 **Herr Magnitz:** Interfraktioneller Antrag AfD, BiW, Die Linke und FDP zum Autofreien StadTraum. Der Beirat verlangt eine detaillierte Aufstellung über die Verwendung des Pauschalbetrages in Höhe von € 100.000,00 für die Firma „Sternkultur UG“
- 7.5 **Frau Hornhues** (schriftlich) regt an, dass zukünftig eine Regelung für den Abbau der Mikrofonanlage getroffen wird, bei der sich alle Beiratsmitglieder beteiligen.

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Sprecher des Beirates

gez. Hell-Nogai
Protokoll